

Bericht über die Entwicklung in POLEN

September 1965

1) GOMULKA zum Erntefest	Seite: 1
2) Wahlen in der Bundesrepublik	4
3) Besuch aus Dänemark	7
4) CYRANKIEWICZ in Frankreich	9
5) Britischer Außenminister STEWART in Warschau	14
6) Polnischer Besuch in Wien	16

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

1) GOMULKA zum Erntefest

In den letzten Monaten taucht in der westlichen Presse immer öfter die Vermutung auf, GOMULKA trage den Keim einer schweren Krankheit in sich und werde über kurz oder lang seinen Rücktritt erklären. Diese Gerüchte enthalten insofern einen wahren Kern, daß der polnische Parteichef im Sommer längere Zeit in Sanatorien verbrachte. Viele Wochen lang wurde er in der Öffentlichkeit nicht gesehen. Diese Zeit ist jedoch vorbei. Irgendwelche sichtbare Spuren scheint die Sanatoriumszeit an ihm nicht hinterlassen zu haben, ganz im Gegensatz zu dem polnischen Außenminister RAPACKI, der nach seinem dritten Herzinfarkt sehr verändert aussieht.

Spekulationen über die Krankheit GOMULKAS wurden kürzlich auch durch die Tatsache genährt, daß er nicht, wie die rumänischen, tschechoslowakischen und Pankower Kommunisten nach Moskau fuhr, um mit den Sowjetführern zu konferieren, sondern BRESCHNJEW in Warschau empfing. Diese Deutung paßt aber schlecht zu der Ankündigung, daß GOMULKA in Kürze an der Spitze der polnischen Delegation dem jugoslawischen Präsidenten TITO einen offiziellen Besuch abstatten wird. Auch die Spekulationen darüber, wer die Nachfolge GOMULKAS übernehmen würde, scheinen zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht zu sein.

In der Öffentlichkeit zeigte sich der polnische Parteichef am 5. September. In dem großen, 100.000 Menschen fassenden Stadion Warschaus hielt er eine Ansprache an die Vertreter der polnischen Bauern, die zu einem Erntefest in die Hauptstadt geströmt waren. Er konnte den Versammelten mitteilen, daß der Staat von nun an für die abzuliefernden Produkte der Landwirtschaft höhere Preise als bisher zahlen wird. Das betrifft in erster Linie Getreide. Den polnischen Bauern war das ein gewisser Trost, denn in den letzten Jahren sind die Preise für fast alle Erzeugnisse, welche sie selbst kaufen müssen, nicht unwesentlich gestiegen.

Die diesjährige Ernte ist nach den Worten GOMULKAs nicht ungünstig, der Notwendigkeit Futtergetreide aus dem Ausland zu importieren, wurde Polen aber dadurch nicht enthoben. Die pflanzliche Produktion hält immer noch nicht Schritt mit der sich schnell entwickelnden Viehwirtschaft.

Bauernzirkel, die von den polnischen Kommunisten als Ersatz für die früheren Kolchosen erdacht wurden, existieren jetzt fast in allen Dörfern des Landes. Diese Bauernzirkel umfassen schon die Mehrzahl aller Einzelbauern. Der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Anbauflächen befinden sich in Polen in Händen von Einzelbauern, darum ist die Rolle der Bauernzirkel bei der Verbesserung der Arbeitsmethoden in der gesamten Landwirtschaft so wichtig.

Eine Aufwärtsentwicklung kann man auch bei den landwirtschaftlichen Staatsfarmen feststellen, die nach offiziellen Informationen in diesem Jahr zum ersten Male gewinnbringend gearbeitet haben. Noch vor wenigen Jahren mußte der Staat jährlich viele Milliarden Zloty opfern, um ihr Defizit zu decken.

Im zweiten Teil seiner Rede widmete sich der Parteichef den Problemen der Weltpolitik. Wie in den meisten früheren Fällen stand im Mittelpunkt seiner Ausführungen das deutsche Problem und die Politik der Bundesrepublik.

GOMULKA erinnerte an den 26. Jahrestag des Hitlerüberfalls auf Polen und begründete, warum man den September 1939 in Polen nicht vergessen könne:

"In der Bundesrepublik sind der gleiche Imperialismus und Militarismus auferstanden, die vor 26 Jahren verbrecherisch unser Land überfielen, sechs Millionen unserer Staatsbürger ermordeten, unsere Städte und Dörfer niederbrannten.

Wenn man den westdeutschen Militaristen in irgendwelcher Form

Kernwaffen in die Hände geben würde, würde das eine große Gefahr für den Frieden in Europa und in der Welt sein. Wir sprechen uns für ein Abkommen über die Nicht-Verbreitung der Kernwaffen aus. Ein solches Abkommen muß jedoch der Bundesrepublik jede Form der Verfügung über Kernwaffen unmöglich machen. Wir richten unser Wort laut an die Adresse der Westmächte und in erster Linie der Vereinigten Staaten, welche in dieser Hinsicht den westdeutschen Militaristen entgegenkommen wollen."

GOMULKA ging dann auf die Tatsache ein, daß zum neuen US-Botschafter in Warschau der ehemalige amerikanische Postminister GRONAUSKI, der polnischer Herkunft ist und als überaus polenfreundlich gilt, ernannt wurde:

"Vor einigen Tagen, als der US-Präsident Johnson die Ernennung des neuen US-Botschafters in Warschau aussprach, erklärte er, daß dies eine Bestätigung seines ausdrücklichen Wunsches sei, zwischen Polen und den USA mehr Vertrauen und freundschaftliche Zusammenarbeit zu schaffen. Wir quittieren diese Äusserung mit Zufriedenheit, denn sie entspricht voll der Politik Volkspolens gegenüber allen Ländern, auch gegenüber den Vereinigten Staaten. Aber Vertrauen und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten entsteht nicht aus Worten, sondern aus Taten. Und es ist doch Tatsache, daß die USA der Bundesrepublik erlauben wollen, über Kernwaffen zu verfügen."

Ein paar Tage früher, am 1. September, widmete die parteiamtliche

"Trybuna Ludu" dieser Problematik einen Leitartikel, in dem es u.a. heißt.

"Das polnische Volk weiß, daß auch ein sehr beschränkter Krieg in Europa sofort in einen Weltkrieg unter Anwendung des ganzen Arsenal der totalen Vernichtungswaffen umgestalten würde.

Das kommunistische Blatt zeigt sich besorgt über die Tatsache, daß 20 Jahre nach Kriegsende noch immer kein Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet werden konnte.

"Alle westdeutschen Parteien - schreibt "Trybuna Ludu" - übertreffen sich gegenseitig in den Treuebekenntnissen zu den Prinzipien des Revisionismus. Die Forderung, die Grenzen von 1937 wiederher-

zustellen, gehört zu der offiziellen Politik der Bonner Regierung. Wir verlangen von den Westmächten, daß sie die Endgültigkeit der in Potsdam festgesetzten Grenzen anerkennen, und zwar nur aus dem Grunde, damit die Atmosphäre bei dem Volke, welches zwischen Rhein und Elbe lebt, nicht weiter vergiftet wird."

2) Wahlen in der Bundesrepublik

In den letzten Wochen des Wahlkampfes in der Bundesrepublik steigerte sich auch das Interesse Warschaus für den Verlauf dieser Wahlkampagne. Die offiziellen polnischen Stellen und auch die Öffentlichkeit widmeten von jeher den deutschen Problemen viel Aufmerksamkeit. Die wichtigeren Zeitungen Polens, an ihrer Spitze die parteiamtliche "Trybuna Ludu", brachten in der Endphase des Wahlkampfes fast täglich Berichte. Am 2. September schrieb "Trybuna Ludu" unter dem Titel: "Vor dem Endlauf":

"Bis zum Ende bleibt nicht viel Zeit, und einzelne Parteien scheuen keine Mühe, um in ihrem besten Stil an das Ziel zu kommen. Die Beobachter dieses Wahlkampfes sind jedoch der Überzeugung, daß dieser Stil nicht gut, ja besonders gefährlich ist. Wir sind Zeugen einer steigenden Rivalität im Propagieren von militaristischen Losungen. Das steigert sich zu einer atomaren Temperatur. Man muß zugeben, daß die deutsche Sozialdemokratie den Wahlkampf in einer ruhigen, ausgeglichenen Weise begonnen hat. Es schien, daß sie sich im Kampf um die Stimmen der Wähler des revisionistischen und atomaren Köders nicht bedienen würde. Je mehr sich jedoch der Wahlkampf steigert, um so mehr bemüht sich die SPD um die Sicherung der Flanken auch von dieser Seite. Einer der führenden SPD-Vertreter, der 'aufgehende Stern' Helmut Schmidt, fordert die Wiederherstellung des aufgrund des Potsdamer Abkommens aufgelösten Generalstabes. Und außerdem spricht sich die SPD kategorisch für die Grenze von 1937 und für die multilateralen Atomkräfte aus. Der Wahlkampf in der Bundesrepublik fördert chauvinistische Stimmungen und Großmachtträume in den breiten Schichten der Bevölkerung."

Auf heftige Reaktion stieß in der polnischen Presse die Äußerung Bundeskanzler ERHARDS an die Adresse des polnischen Volkes unmittelbar vor dem Besuch CYRANKIEWICZs bei de GAULLE. Am 10. September schrieb "Trybuna Ludu":

"Es zeugt von der Selbstlosigkeit und dem Edelmut der Revisionisten - meint er (Erhard) -, daß diese auf 'Rache und Vergeltung' gegenüber dem polnischen Volke verzichtet haben. Wer spricht denn dort von 'Rache und Vergeltung'? Spricht daraus der Anspruch, daß sich nach allen Verbrechen, die Hitler-Deutschland an Polen begangen hat, der deutsche Revisionismus auch noch das Recht auf 'Rache und Vergeltung' vorbehalten hat und nun großmütig darauf verzichtet? Wahrhaftig, es fällt schwer, ruhig darüber zu schreiben."

Von einem "Antipolnischen Fieber" berichtet das gleiche Blatt am 14. Sept.:

"Der Wahlkampf nähert sich seinem Ende. Die polnische Öffentlichkeit hat jeden Grund, die letzte Phase dieses Kampfes aufmerksam zu verfolgen. Denn es hat sich herausgestellt, daß die letzte Woche der Wahlkampagne unter dem Zeichen gesteigerter revisionistischer Propaganda steht. Wir sind Zeugen eines revanchistischen Spektakels von bis jetzt nicht erlebten Ausmassen. Eine gute Gelegenheit dazu gab der von der Landsmannschaften-Mafia organisierte 'Tag der Heimat'. Einen speziellen Anlaß zu Angriffen auf Polen und auch auf Frankreich gaben die Gespräche des Premiers Cyrankiewicz mit dem Präsidenten de Gaulle...

Man versäumt nichts, damit sich der Wähler in der Bundesrepublik nach dem Wunsch der Rädelsführer der größten politischen Parteien mit 40 Grad antipolnischem, revisionistischem Fieber an die Wahlurne begibt.

Das Wahlergebnis hat in Warschau, wie überall in der Welt, ein wenig überrascht. Der Wahlsieg der CDU-CSU wurde als "beunruhigendes Symptom" bezeichnet. Der Bonner Korrespondent der "Trybuna Ludu" formulierte seinen Eindruck über das Wahlergebnis mit folgenden Worten:

"Der 'prozentuelle' Sieger der Wahlen ist zweifellos die SPD. Sie erreichte 39,3 % aller Stimmen (im Jahre 1961 - 36,2 %, was damals schon als nicht geringer Erfolg der Partei bewertet wurde) und gewann 12 Mandate. Um die CDU zu schlagen, reichte das allerdings nicht aus."

In dem redaktionellen Kommentar zum Wahlausgang hieß es:

"Die neue Kräfteverteilung in der Regierungskoalition bringt es mit sich, daß die dominierende Position der CDU-CSU gestärkt und nicht geschwächt wird. Diese Gefahr besteht, obwohl die Sozialdemokratie im neuen Bundestag mit mehr Abgeordneten als in dem alten vertreten sein wird. Die SPD machte den Versuch, bei diesen Wahlen die CDU von ihrem bisherigen ersten Platz im politischen Leben Westdeutschlands zu verdrängen. Dieses Ziel hat die SPD durch die Betonung dessen, was sie mit der CDU verbindet, und nicht dessen, was sie von ihr trennt, zu erreichen versucht. Dies gelang nicht. Niemand vermag jetzt zu sagen, welchen Einfluß diese Tatsache auf die weitere Entwicklung der SPD haben wird..."

Vom Standpunkt der Entspannung und Stabilisierung der Beziehungen in Europa ist das (Wahlergebnis) negativ und beunruhigend. Die CDU regierte die Bundesrepublik von Anfang an. Sie trägt die Hauptverantwortung für den bisherigen, kaltkriegsrischen, revisionistischen und militaristischen Kurs der westdeutschen Politik. Nicht nur wir in den sozialistischen Ländern bemerkten, daß während der Wahlkampagne die nationalistischen Akzente stärker und aufdringlicher als vor früheren Wahlen zum Vorschein kamen.

Besorgt sprach man darüber auch in Frankreich, Großbritannien, in den skandinavischen Ländern und in zahlreichen anderen westlichen Staaten. Nun werden die Vertreter und Anhänger dieser politischen Linie sich darauf berufen können, daß die Mehrzahl der Wähler in der Bundesrepublik ihnen ihr Vertrauen ausgesprochen hat. Diese Tatsache kann nichts Gutes für die weitere Entwicklung in Europa und in der Welt bedeuten."

Die Warschauer Zeitung "Zycie Warszawy" schreibt zum gleichen Thema:

"Die Führer der CDU, welche besser als irgendjemand sonst die Resultate

ihrer bisherigen Politik kennen, scheinen von ihrem eigenen Sieg nicht weniger überrascht zu sein wie die SPD vom Ausbleiben ihres Sieges. Die Hauptaufmerksamkeit der politischen Beobachter konzentriert sich im Augenblick auf die Haltung der SPD. Sie tat in den letzten Jahren alles, um für die westdeutsche Bourgeoisie 'salonfähig' zu werden. Um die Stimmen der revisionistischen Organisationen zu gewinnen, zögerten die SPD-Führer - besonders Herr Wehner - nicht, während des Besuches des polnischen Regierungschefs in Paris ganz offen nationalistische Töne anzuschlagen. Das alles hat jedoch nicht geholfen. Ein Mann von der Straße sagte mir: 'Die SPD bemühte sich, um vor den Wählern als bürgerliche Partei aufzutreten. Ich sagte mir, warum soll ich den Parvenus meine Stimme geben, wenn ich echte Bürgerliche wählen kann...'

3) Besuch aus Dänemark

Seit Oktober 1956 sucht das kommunistisch regierte Polen in zunehmenden Maße Kontakt mit dem westlichen Ausland. In der stalinistischen Ära isolierten die Sowjets ihren polnischen Satelliten von westlichen Staaten. Moskau wußte aus geschichtlicher Erfahrung, wie empfänglich die Polen für die westlichen Einflüsse sind. Sie glaubten, Polen gegen diese Einflüsse abschirmen zu müssen, um die Uniformität des Sowjetblockes zu bewahren. Im Zeichen der friedlichen Koexistenz begriff aber die sowjetische Führung, daß sie die Sympathien, die Polen im Westen genießt, für ihre politischen Zwecke nützen kann. Diese Annahme wurde noch durch die Tatsache begünstigt, daß sich in der polnischen Parteiführung ein Mann fand, welcher für die Kontakte mit den westlichen Regierungen wie geschaffen schien: Der Außenminister Adam RAPACKI.

Im Laufe der letzten acht Jahre entwickelte er eine erstaunliche Aktivität, obwohl er durch seine angegriffene Gesundheit sicherlich beeinträchtigt wurde. Vielen westlichen Ländern stattete er seine Good-Will-Besuche ab.

Die Stätten seiner größten Erfolge im westlichen Europa waren die Staaten Skandinaviens und die Benelux-Länder.

Der erste offizielle Auftritt des polnischen Außenministers nach der letzten schweren Erkrankung, von deren Spuren er noch immer sichtlich gezeichnet ist, war der Empfang des Besuches seines dänischen Kollegen, Per HAEKKERUP.

"Polen" - schrieb aus Anlaß des dänischen Besuches die parteiamtliche "Trybuna Ludu" - "pflegt seit längerer Zeit zahlreiche unmittelbare Kontakte mit den Vertretern von Staaten mit verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Systemen. Die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz begreifen wir im aktiven Sinne. Durch diese Kontakte streben wir eine Annäherung der Standpunkte bei der Lösung der Probleme an, die zur Zeit die Welt bedrücken."

Die diplomatische Aktivität des Ministers RAPAČKI liesse sich als eine Umkehrung der von westlicher Seite praktizierten Politik der Auflockerung der Bündnisse und "Aufweichung" des Ostblocks bezeichnen. Obwohl man in Warschau glaubte, daß Dänemark für den Erfolg einer solchen Politik, diesmal von der östlichen Seite angewendet, gewisse Ansatzpunkte hätte, verlief der dänische Besuch in Warschau ohne sichtliche Ergebnisse, wenn man von einer Intensivierung des Aussenhandels zwischen den beiden Ländern absieht. Die Dänen haben sich entschlossen, solche Bestimmungen, die den polnischen Export nach Dänemark bisher beschränkten, weitgehend zu liberalisieren.

4) Der polnische Ministerpräsident CYRANKIEWICZ in Frankreich

Der September 1965 war der Höhepunkt der polnischen diplomatischen Aktivität der Nachkriegszeit. Am 9. September stattete der polnische Regierungschef Frankreich einen mehrtägigen Besuch ab. Es war das erste Mal, daß sich der polnische Premier offiziell in eine westliche Hauptstadt begab. Bisher galten die offiziellen Besuche CYRANKIEWICZs entweder dem östlichen Nachbarn oder neutralen Staaten wie Indien oder Mexiko. Inoffiziell hielt sich CYRANKIEWICZ mehrmals in Wien und einmal in Rom auf.

Die Bedeutung dieses Besuches liegt darin, daß sie den polnischen Premier in die Hauptstadt einer westlichen Großmacht führte. RAPACKI wurde noch nie offiziell in einer der Hauptstädte der westlichen Großmächte empfangen. Diesmal konnte er nicht einmal seinen Regierungschef nach Frankreich begleiten, obwohl er, wie selten jemand, durch seine starken Verbindungen zu der romanischen Kultur darzu berufen schien. Die Ärzte haben RAPACKI nur sehr zögernd erlaubt, sich an Gesprächen mit dem dänischen Außenminister in Warschau zu beteiligen. Eine Auslandsreise des noch nicht genesenen RAPACKI war völlig ausgeschlossen. So mußte er zu Hause bleiben, an seiner Stelle begleitete den polnischen Premier RAPACKIs Stellvertreter, Marian NASZKOWSKI, der ein recht farbloser Politiker ist.

Am Tage der Abreise CYRANKIEWICZs nach Paris schrieb "Trybuna Ludu":

"Dieser polnische Staatsbesuch in einem großen Lande, welches durch traditionelle Freundschaft und zahlreiche kulturelle Bande sowie die Ähnlichkeit des geschichtlichen Schicksals mit Polen verbunden ist, muß nicht nur unserer Meinung nach als ein bedeutendes Ereignis in der internationalen Politik gewertet werden. Denn diese Reise und dieses Treffen ist Ausdruck eines schon seit längerer Zeit heranreifenden Prozesses der gegenseitigen Annäherung. Diese Annäherung ist Folge einer internationalen Entwicklung und der Logik der Geopolitik Europas."

Das polnische Blatt zählt dann die wichtigsten Probleme auf, über die zwischen Paris und Warschau Übereinstimmung herrscht oder ähnliche Ansichten vertreten werden:

"Frankreich sprach sich für die Unveränderlichkeit und Dauerhaftigkeit aller Nachkriegsgrenzen in Europa aus.

Frankreich steht auf dem Standpunkt, daß die Einigkeit aller Nachbarn Deutschland eine Bedingung für die Lösung der deutschen Frage ist.

Frankreich lehnt die Konzeption der multilateralen Atomstreitkräfte der NATO, also praktisch eine atomare Bewaffnung der Bundesrepublik mit Kernwaffen, ab.

Frankreich spricht von der Notwendigkeit einer politischen Lösung des Vietnam-Konfliktes auf der Grundlage des Genfer Abkommens. Es lehnt überhaupt die Politik der militärischen Intervention sowohl in Asien und Afrika als auch in Lateinamerika ab."

"Trybuna Ludu" schloß mit dem Satz:

"Die polnische Öffentlichkeit wird mit Aufmerksamkeit und Sympathie den Verlauf des Besuches des polnischen Regierungschefs in dem den Herzen aller Polen nahestehenden Frankreich verfolgen."

Der Verlauf des Besuches entsprach weitgehend den Hoffnungen Warschaus.

Die französischen Gastgeber sorgten für eine Atmosphäre, die der gefühlbetonten Einstellung des polnischen Charakters sehr entsprechen mußte.

Während eines Empfanges im Elysee-Palast meinte de GAULLE:

"Dieser Besuch ist für uns in jeder Hinsicht ein bedeutendes Ereignis. Er ist für unser Land so bedeutend, weil alles, was Polen heißt, was die Leiden und Erfolge dieses Landes ausmacht, Frankreich immer und im höchsten Grade interessiert und bewegt. Während unserer langen Geschichte formten wir uns über Euch, Ihr Polen, ein uns sehr nahegehendes und für uns sehr lebendiges Bild einer Nation, die dauernd von Stürmen umweht wird, und die doch Dank ihrer Persönlichkeit und ihres Mutes über die Widrigkeiten des Schicksals triumphieren konnte,

und die dabei immer, wenn sie nach ihrem freien Willen handeln konnte, ein Freund und Verbündeter Frankreichs war. Obwohl ich" - fuhr de GAULLE an CYRANKIEWICZ gewendet fort" - "den Umstand nicht außer acht lassen kann, daß in der heutigen Zeit gemeinsame politische, wirtschaftliche und kulturelle Aktionen Polens und Frankreichs naturgemäß eine komplizierte Sache sind und notwendigerweise schrittweise vorangetrieben werden müssen, sind wir doch bereit, unsererseits diesem Ziel entgegen zu arbeiten, sowohl heute als auch in der Zukunft. Wir sind dabei überzeugt, daß wir auf diese Weise unserem - und es sei mir erlaubt, hinzuzufügen - auch Eurem Lande, und dadurch auch der Sache Europas und ebenfalls der Sache des Gleichgewichtes und des Friedens in der ganzen Welt, einen guten Dienst erweisen werden."

Mit diesen Worten umriß der Präsident Frankreichs das Programm der Gespräche und der künftigen Politik der Annäherung zwischen Paris und Warschau.

Der Mann, der an der Spitze der polnischen Regierungsdelegation stand, wird in seinem eigenen Lande und von seinen eigenen Landsleuten oft als Zyniker bezeichnet. Augenzeugen stellten jedoch auch bei ihm während des Besuches in Frankreich oft Spuren der Rührung fest. Sie waren durch die geschichtlichen Reminiszenzen hervorgerufen, welche auch einen polnischen Kommunisten nicht ungerührt lassen. Dank der geschickten französischen Regie verflochten sich die emotionalen Aspekte mit den politischen. Die letzteren waren natürlich für beide Seiten erstrangig.

Die Vertreter des kommunistischen Polen kamen nach Frankreich nicht als Repräsentanten einer souveränen Nation. Der polnische Besuch konnte nur darum zustande kommen, weil er nicht mit den Zielen der sowjetischen Politik kollidierte, sondern ihnen entsprach. Diese Tatsache war den französischen Gastgebern sehr wohl bekannt. Ebenso bekannt ist aber auch, daß der sowjetische Block heute kein Monolit mehr ist und es in Zukunft noch weniger sein wird.

Dieser Prozeß der Auflockerung des Sowjetblockes wäre aber ohne intensive politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte mit den ehemaligen Satelliten und den heutigen Junior-Partnern der UdSSR nicht denkbar. Das mußte einer der Hauptgedanken de Gaulles bei der Einladung an Polen gewesen sein.

Für die Regierung in Warschau war die Visite in Frankreich ein Höhepunkt der Politik der intensiven Kontakte mit den nichtkommunistischen Ländern des Westens und den Vertretern der "Dritten Welt". Die offiziellen politischen Vertreter Volkspolens erschienen bis jetzt nur in den Hauptstädten der kleineren westlichen Länder. Frankreich bot nun eine viel imposantere Bühne für einen politischen Auftritt der Unterhändler aus Warschau.

Eines der wichtigsten politischen Ziele des Besuches in Frankreich war für Warschau die Formulierung des polnischen Standpunktes in der Grenzfrage. Dieser Standpunkt ist in der Welt ausreichend bekannt, weil GOMULKA und andere polnische Spitzenfunktionäre ihn bei jeder Gelegenheit verkünden. Manche Dinge bekommen aber einen anderen Klang, wenn sie nicht aus Warschau, Moskau oder Prag, sondern aus Paris verkündet werden. Die Franzosen boten ihren polnischen Gästen Gelegenheit dazu, obwohl die offiziellen Stellen Frankreichs mit keinem einzigen Wort die polnischen Äußerungen auf französischem Boden unterstützten. Mit dieser schweigend-duldenden Rolle der Gastgeber waren die polnischen Vertreter durchaus zufrieden. Mehr konnten sie kaum erwarten, und mehr haben sie auch nicht erwartet.

Bemerkenswert war ein gewisses Selbstbewußtsein, welches die polnische Seite aus Anlaß des Besuches in Frankreich zeigte. Dieses Selbstbewußtsein äußerte sich nicht so sehr in den Ansprachen der polnischen Gäste in

Frankreich, sondern in den Äußerungen der kommunistisch gelenkten Presse Polens. So hieß es am 17. September, also nach dem Besuch, in der Zeitung "Zycie Warszawy":

"In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen war Frankreich für die Mehrzahl der Polen jener große Verbündete, welcher die Sicherheit des Landes stützten. Es war jene 'Ältere Schwester', reich und stark, zu der die arme Verwandte pilgerte mit ihren Anliegen und mit ihrer Not. Das Vorkriegs-Polen, wirtschaftlich schwach, tödlich bedroht durch Deutschland und gleichzeitig verfeindet mit der Sowjetunion und der Tschechoslowakei, den Blick immer nur nach dem Westen gerichtet, dieses Polen war im Grunde genommen nur ein Klient und kein Partner für Frankreich

Ein anderes Polen stattete in diesen Tagen Frankreich einen Besuch ab. Wir sind keine Großmacht und haben auch keinen Appetit, eine solche zu werden. Wir sind uns aber unserer Position in Europa bewußt, sowie unserer Errungenschaft während der letzten 20 Jahre, und darum gab es jetzt in Frankreich Gespräche zwischen zwei gleichberechtigten Partnern, welche ihre Besonderheiten und ihre Bündnisse gegenseitig achten und gleichzeitig gemeinsame Interessen und gemeinsame Sorgen haben."

Einen interessanten Hinweis darauf, welche Hintergedanke die polnische Führung in Zusammenhang mit dem Besuch hat, enthält ein Kommentar der Zeitung "Zycie Warszawy" vom 15. September:

"Die polnisch-französische Freundschaft ist ebenso wertvoll für Paris, wie nützlich für Warschau. Diese Freundschaft ist ein zusätzliches Argument für Präsident de Gaulle bei seinen bestimmt nicht kollisionslosen Gesprächen mit seinen westlichen Verbündeten. Sie ist ein zusätzlicher Trumpf insbesondere in seinem Spiel mit der Deutschen Bundesrepublik, derer arrogante Aspirationen und Ansprüche Frankreich seit langem schon beunruhigen."

Einen ähnlichen interessanten Einblick in die Vorstellungen der polnischen Kommunisten gibt ein Kommentar der Wochenzeitschrift "Kultura":

"De Gaulle versteht den Sozialismus nicht. Mit vielen der von ihm vertretenen, aus der Geschichte abgeleiteten Thesen können wir uns absolut nicht einverstanden erklären. Aber in seinen Augen sind die sozialistischen Länder Europas und die Sowjetunion keine fremden Welten, sondern gehören für ihn zu Europa, welches ihm nahe steht und für welches er sich verantwortlich fühlt. Daher seine Haltung in unserer Grenzfrage, daher das realistische Sehen des zukünftigen deutschen Problems, und daher die Suche nach Kontakten mit allen Ländern Osteuropas.

Im Jahre 1965 wurde de Gaulle - jener Konservative mit den Allüren eines Monarchen - zum Verbündeten aller Kräfte des Friedens. Er stellte Frankreich, als einzige westliche Macht, der abenteuerlichen amerikanischen Führung entgegen. De Gaulle weiß, daß er damit einen schweren Kampf aufnahm. Er schaut sich nach Verbündeten um, in Frankreich und in Europa."

5) Der britische Außenminister STEWART in Warschau

Kaum war der polnische Staatsbesuch in Frankreich beendet, bereitete sich Warschau auf den Empfang des britischen Außenministers STEWART vor.

Dieser Besuch, bei dem wieder Minister RAPACKI als Gastgeber auftrat, begann in einer ganz anderen Atmosphäre als es die der polnisch-französischen Begegnung in der vorhergehenden Woche war. Daß der STEWART-Besuch trotzdem harmonisch endete, muß man als einen großen diplomatischen Erfolg des Briten und als Beweis seiner Geschicklichkeit werten.

Warschau fühlte sich durch das Verhalten der britischen Labour-Regierung enttäuscht und sogar irreführt. Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die britischen Sozialisten verband man in Warschau sehr konkrete Erwartungen, die nicht erfüllt wurden.

Eine Anspielung darauf machte am Tage der Ankunft des britischen Außenministers in Polen die parteiamtliche "Trybuna Ludu":

"Es gibt Probleme, über die zwischen London und Warschau große Meinungsverschiedenheiten herrschen. Als die Labour-Party noch Oppositionspartei war, unterhielt sie traditionell Kontakte mit Polen und proklamierte Vorschläge zur Entspannung in Europa, welche in vielen Punkten mit den polnischen Plänen übereinstimmten. Das stellten die Führer der Labour-Party, sowohl Hugh Gaitskell als auch später Harold Wilson, fest. Während der letzten Monate entfernte sich aber die britische Politik von dieser Linie, obwohl die Situation unverändert war."

Von der neuen Labour-Regierung erwartete Warschau eine ähnliche Deklaration in der Grenzfrage, wie das ein paar Jahre früher de GAULLE getan hatte. Auch dies blieb aus. Während der letzten Monate konnte man aus den Spalten der polnischen Presse deutlich die Unzufriedenheit über die Haltung der britischen Regierung herauslesen.

In dem Kommentar von "Trybuna Ludu", der nach Beendigung des britischen Besuches erschien, versuchte man die unterschiedlichen Standpunkte der beiden Gesprächspartner gar nicht zu vertuschen:

"Das warschauer Treffen Polen-Großbritannien bestätigte die Existenz starker Gegensätze in den Ansichten über die deutsche Frage und in Fragen partieller Abrüstungsabkommen in Mitteleuropa. Die britische Regierung verknüpfte solche Abkommen mit der Notwendigkeit einer Regelung des kompliziertesten Problems in Europa, der deutschen Wiedervereinigung, was in der Praxis eine Entspannung nur erschwert und verzögert."

Das polnische Blatt gab gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß der Aufenthalt STEWARTS in Polen ihm "ein besseres Verständnis des polnischen Standpunktes in der deutschen Frage ermöglicht".

Ungeteilte Zustimmung fand die spätere Äußerung STEWARTs darüber, daß bei der dem Friedensvertrag überlassenen Entscheidung über die Zukunft der Oder-Neiße-Gebiete die jetzt dort lebende Bevölkerung gefragt werden müsse.

6) Der polnische Premier in Wien

Noch bevor der britische Außenminister STEWART Polen verließ, begab sich CYRANKIEWICZ auf seine zweite auslandsreise im selben Monat. Diesmal folgte er einer Einladung des österreichischen Bundeskanzlers KLAUS.

Die Kontakte zwischen Warschau und Wien waren während der vergangenen fünf Jahre lebhaft. Mehrmals besuchte der Vize-Kanzler PITTERMANN Polen, auch die Außenminister beider Länder, KREISKY und RAPACKI, tauschten offizielle Besuche aus. Auf der höchsten Regierungsebene gab es bis jetzt keine offiziellen Kontakte. CYRANKIEWICZ weilte zweimal in Wien, aber immer als Privatmann.

Für das kontaktfreudige Polen ist das neutrale Österreich ein sehr interessantes Land. Das betonte auch die polnische Presse in ihren Kommentaren zu dem Besuch CYRANKIEWICZs in Wien. Am 20. September schrieb "Trybuna Ludu":

"Mit dem neutralen Österreich haben wir nahe und vielseitige Kontakte fast vom ersten Moment der Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit dieses Landes im Jahre 1955 an. Während der letzten 10 Jahre erwies sich die Österreichische Neutralität als ein Faktor des Friedens und der Sicherheit in Europa. Die österreichische Regierung befürwortet eine Vertiefung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten Europas."

Die österreichischen Gastgeber verstanden ihre Neutralität so herauszustellen, daß sich für die polnischen Gäste keine Möglichkeit bot, ihre von den Österreichern nicht geteilten Ansichten in der Öffentlichkeit zu vertreten. CYRANKIEWICZ enthielt sich auf Wunsch der Wiener Regierung jeglicher politischer Demonstrationen. Die österreichische Neutralität wurde von dem Polen in jeder Beziehung geachtet. Dafür revanchierten sich die Gastgeber auf eine ihnen eigene, charmante Weise. Bundeskanzler KLAUS sprach auf dem Flugplatz Schwechat folgende Worte:

"Das neutrale Österreich führt eine Politik, deren Ziel die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und die Herstellung von freundschaftlichen Beziehungen unter allen Völkern ist. Wir glauben, diesem Ziel am besten dienen zu können, wenn wir mit unseren Nachbarn anfangen. Darum messen wir Ihrem Besuch besondere Bedeutung bei."

Persönlich an CYRANKIEWICZ gewandt sagte KLAUS:

"In Ihrer Person, Herr Ministerpräsident, begrüßen wir den Vertreter des edelmütigen polnischen Volkes, mit welchem uns in der Vergangenheit viel verband und in der Gegenwart viel verbindet. Ich darf auch gleichzeitig in Ihnen einen persönlichen Freund Österreichs begrüßen. Ihr persönliches Verhältnis zu unserem Lande halten wir für ein gutes Zeichen für unsere Begegnung."

In seiner Entgegnung betonte CYRANKIEWICZ, daß Polen den bedeutsamen Beitrag des neutralen Österreich zur Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit voll anerkenne.

Konkrete politische Ergebnisse brachte der Wiener Besuch für Polen nicht. Seine Bedeutung lag nur darin, daß auf diese Weise die polnischen Kontakte mit den westlichen und neutralen Staaten eine neue Erweiterung erfuhren. Ähnlich wie in Frankreich endete der Wiener Besuch mit einem persönlichen Erfolg für Ministerpräsident CYRANKIEWICZ.

Es stellte sich heraus, daß das kommunistische Polen in seiner Person einen Politiker besitzt, der sich im Gegensatz zu den meisten anderen Spitzenfunktionären für die westlichen Kontakte besonders gut eignet. Wäre CYRANKIEWICZ nicht Regierungschef, so würde er einen guten Außenminister abgeben können. Zur dieser Ansicht kam man jedenfalls in Warschau nach seinen letzten beiden Staatsbesuchen.